



Postulat Nr. 181 2012/2016

Eingang Stadtkanzlei: 4. April 2014

Keine Verzögerungen an der Industriestrasse!

An seiner Sitzung vom 19. Dezember 2013 hat der Grosse Stadtrat die Motion 129 „Partizipative Begleitung Industriestrasse“ auch im Parlament überwiesen. Die Motion verlangt, dass der Stadtrat dem Parlament einen Planungsbericht unterbreitet, in dem die wesentlichen Ausschreibungskriterien für das Areal Industriestrasse definiert sind.

Gemäss Terminplan soll der Planungsbericht im Mai in den zuständigen Kommissionen und im Juni im Parlament behandelt werden. Mit dem dringlichen Postulat wird der Stadtrat aufgefordert, mit angemessenen Vorgaben eine rasche Realisierung des Projekts zu ermöglichen.

Mit der Annahme der Initiative haben sich die Stimmberechtigten dafür ausgesprochen, das Grundstück im Baurecht an einen gemeinnützigen Bauträger abzugeben. Genauso wichtig ist aus Sicht der Bevölkerung, dass das Grundstück rasch dem vorgesehenen Zweck zugeführt werden kann und eine erfahrene Baugenossenschaft gefunden wird, die bereit ist, ein attraktives Projekt umzusetzen.

Weitere Verzögerungen, z. B. wegen zu eng gefassten Ausschreibungsbedingungen oder zu hohen Standards, sind daher unbedingt zu vermeiden. Es ist nicht im Interesse der Stimmberechtigten, die Realisierung mit langwierigen, aufwendigen und unnötigen Planungsprozessen zu verzögern. Es ist deshalb entscheidend, die Kriterien so festzulegen, dass für die lokalen Baugenossenschaften ausreichend Spielraum für die Realisierung eines attraktiven Projekts besteht und der Wert des Grundstücks nicht unnötig vermindert wird. Die Stimmberechtigten sind daran interessiert, dass an dieser attraktiven Lage rasch Wohnraum für Familien geschaffen wird. Das Projekt darf nicht durch eine Kumulation von idealistischen Forderungen blockiert werden.

Wir bitten den Stadtrat daher, bei der Festlegung der Ausschreibungskriterien insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

- klare und einfach umzusetzende Vorgaben, um den Kreis der interessierten Baugenossenschaften nicht einzuengen

- keine Anforderungen, die zu weiteren Verzögerungen des Projekts führen
- moderate, bewährte energetische Anforderungen, mit denen ausreichend Erfahrungen bestehen (z. B. Minergie-A)
- Verzicht auf Vorgaben betreffend Mobilität wie beispielsweise autoarmes Wohnen
- keine unnötigen Vorgaben, insbesondere in den Bereichen Etappierung, Erhalt von bestehenden Gebäuden und Realisierungszeitraum
- angemessene Vorgaben zu zusammenhängenden Büroflächen für die Ansiedlung von Arbeitsplätzen (z. B. Mobility o. ä.).

Rieska Dommann
namens der FDP-Fraktion